

COMPUTER

„Wir lügen uns selbst in die Tasche“

Alfons Rissberger, 55, Geschäftsführer des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern und Mitbegründer der Initiative D21, über die gesellschaftlichen Probleme der IT-Vernetzung

SPIEGEL: Auf der Cebit feiert die IT-Branche die Fortschritte bei der Nutzung des Internet. Sind Sie als Erfinder der Initiative D21, in der mehr als 400 Firmen unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammengefunden haben, zufrieden mit der Entwicklung?

Rissberger: Als ich 1998 zur Gründung von D21 aufrief, hatte ich nicht zu hoffen gewagt, dass wir so erfolgreich sind. Deutschland hat den Rückstand gegen-

über anderen Ländern aufgeholt, wir haben mit dazu beigetragen, dass jede Schule online ist, und wir haben dafür gesorgt, dass IT zur Chefsache wurde. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille.

SPIEGEL: Wie sieht die andere Seite aus?

Rissberger: Wir müssen ehrlicherweise auch darauf hinweisen, dass durch IT massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden. Allein in Deutschland werden durch vernetzte Computersysteme in dieser Dekade rund eine Million Arbeitsplätze wegfallen.

SPIEGEL: Wollen Sie jetzt das Rad zurückdrehen und die Vernetzung stoppen?

Rissberger: Auf keinen Fall. Ohne IT haben wir keine Chance im internationalen Wettbewerb. Aber wir dürfen auch nicht länger die Probleme ignorie-



Rissberger

ren, wenn durch Vernetzung massenhaft geistige Routinearbeit wegrationalisiert wird. In keinem Papier der Hartz-Kommission habe ich darüber ein Wort gelesen.

SPIEGEL: Viele der in D21 vereinten Firmen behaupten, das Problem werde durch neues Wachstum in anderen Bereichen gelöst.

Rissberger: Da lügen wir uns selbst was in die Tasche. Wir werden nie mehr so viel

Wachstum haben, um diese Jobverluste auszugleichen. Deshalb haben wir als D21 die Pflicht, uns auch politisch zu engagieren und nach Alternativen für die Verteilung von Arbeit zu suchen. Viele Manager glauben, dadurch würden die Geschäfte gestört. Aber das ist kurzsichtig. Wir dürfen nicht warten, bis wir von den Problemen überrollt werden. Ich jedenfalls lasse mir keinen Maulkorb umhängen.

DRESDNER BANK

Allianz bereitet Verkauf von Teilen vor

Die Allianz rechnet Teile der Dresdner Bank schön, offenbar sollen sie für potenzielle Käufer attraktiver werden. Bei der Vorlage der Geschäftszahlen des Finanzkonzerns, bei der Allianz-Chef Michael Diekmann einen Verlust von 1,3 Milliarden Euro im Bankgeschäft bekannt geben musste, gab es deshalb auch zwei positive Überraschungen. Die Investmentbank-Tochter Dresdner Kleinwort

Wasserstein wies einen Gewinn von 354 Millionen Euro aus, das Firmenkundengeschäft kam sogar auf ein Plus von 447 Millionen Euro.

Letzteres liefere „sehr stabile Erträge sowie beachtliche Kostensenkungen“, lobte der sonst so strenge Controlling-Vorstand Helmut Perlet von der Allianz. Allerdings

hatte die Dresdner Bank schon im Vorjahr eine Vielzahl von Risiken in eine eigene Einheit ausgelagert, die ein Minus von 728 Millionen Euro vorlegte. Die Botschaft ist klar: Sehr zum Missfallen von Dresdner-Bank-Chef Herbert Walter stehen beide Bereiche zur Disposition. Für das Investmentbanking ist für dieses Jahr eine separate „virtuelle Rechnungslegung“ avisiert, um für einen Verkauf oder einen Börsengang vorbereitet zu sein. Für das Firmenkundengeschäft steht die Entscheidung der Allianz noch aus. Doch sie wird wohl kommen. Denn ohne die Verbindung mit den wichtigen Firmenkunden wäre das Investmentbanking deutlich weniger wert.



Diekmann, Walter

MARC DÄRCHINGER

SPARKASSEN

BayernLB drohte Bankchef

Ein juristisches Nachspiel hat möglicherweise der Streit um die Privatisierung der Sparkasse Stralsund. Hintergrund ist ein Schreiben an den seit Ende November amtierenden Vorstandschef der betroffenen Sparkasse, Manfred Baumann. Absender ist die Bayerische Landesbank, für die Baumann von 1975 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2001 tätig war und von der er seither eine Pension erhält. „Wir erwarten“, schreibt der Personalchef des Instituts, Wolfram Peitzsch, „dass Sie sich an Aktivitäten, die mit dem Verkauf der Sparkasse Stralsund oder auch deren Privatisierung zusammenhängen, in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt beteiligen. Jeglicher Verstoß“, so die unverhohlene Drohung, „hätte Konsequenzen für Ihre Versorgungsbezüge.“ Nach Ansicht von renommierten Strafrechtlern erfüllt dies den Tatbestand der Nötigung. Verwaltungsratsmitglieder der Sparkasse Stralsund berichten, dass die Bankenaufsicht den Vorgang prüfe. Die Behörde hat in der Vergangenheit mehrfach strafrechtlich relevante Vorgänge an die Ermittlungsbehörden weitergeleitet. Die Landesbank weist die Vorwürfe zurück. Sie rechtfertigt ihr Vorgehen mit dem Verweis darauf, dass Baumann eine vertraglich festgelegte Treuepflicht habe und der Verkauf einer Sparkasse den Interessen des Instituts zuwiderlaufe.



Bayerische Landesbank in München

MAURIZIO GAMBARINI / DDP